

HANNOVERNEWS

Nr. 1/2019



GENIAL – RATSSTRATEGIE GEGEN DEN WEGFALL DER KITA-GEBÜHREN

Schulkrise – Der andere Ausweg



Foto: ©bierwirm – stock.adobe.com

An dieser Stelle war zuletzt davon die Rede, wie die Berichte über den zunehmenden Mangel an Lehrkräften an den öffentlichen Schulen die Konjunktur des privaten Nachhilfegewerbes beflügelt, insbesondere in Ausnutzung der Sorge der Eltern, ihr Nachwuchs könnte unter diesen erschwerten Bedingungen den Fährnissen der Versetzungsordnung nicht gewachsen sein. Die Politik der „schwarzen Null“, als ein Dienst an kommenden Generationen gepriesen und inzwischen zur Verfassungsnorm erhoben, hat vielerorts zu einer Situation geführt, die wohlwollend als „Investitionsstau“ umschrieben wird. Im Schulwesen offenbart sie sich nicht nur im Personalmangel, sondern auch z. B. in feuchten Wänden und sie wird oftmals auch in den Toiletten ruhbar.

Abhilfe zu schaffen wäre eine Frage organisierten gesellschaftlichen Drucks. Den aufzubauen ist angesichts der gerade im Bildungsbereich individualisierten Interessen derzeit nicht absehbar. Die Debatte wird allenfalls beherrscht durch die Frage, wie mehr Tablets in die Klassenzimmer kommen und wer sie bezahlen soll.

Hingegen scheinen andere Entwicklungen im Bildungswesen Teile der Elternschaft verstärkt zu beunruhigen. Zwar ist die soziale Auslesefunktion, nach der der Schulerfolg der Kinder vom Einkommen und Bildungsstand des Elternhauses abhängt, nach wie vor ungebrochen, aber irgendwie ist die Welt doch nicht mehr so in Ordnung: Es beginnt schon an den Grundschulen mit Inklusion und Multikulti und das gegliederte Schulsystem ist sichtbar in Auflösung begriffen, nachdem aus Haupt- und Realschulen zunehmend „Oberschulen“ werden. Selbst das Gymnasium wird mehr und mehr zum Massenangebot ohne besonderes Prestige, zumal auch dort der allgemeine Mangel verwaltet werden muss!

Aber, den Müttern und Vätern unseres Grundgesetzes sei Dank, gibt es auch Auswege, denn im Artikel 7, der die Grundsätze des Schulwesens bestimmt, wird in Absatz 4 und 5 auch die Errichtung von Privatschulen garantiert. Natürlich gibt es da einige Einschränkungen. Nicht zuletzt darf eine „Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert“ werden und „die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte“ muss „genügend gesichert“ sein. Grundschulen

corvus schreibt regelmäßig Kommentare zu aktuellen Fragen, besonders mit regionalem Bezug. Der Autor ist ständiges Mitglied der Redaktion.



(„private Volksschulen“) müssen für ihre Zulassung sogar (nach 5) „ein besonderes pädagogisches Interesse“ nachweisen. Alles also im Rahmen des „demokratischen und sozialen Rechtsstaats“! Dieser Ausweg wird von immer mehr Eltern beschritten. Nach einer Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung hat sich der Anteil an privaten allgemeinbildenden Schulen von 1992 bis 2012 auf 9,8 Prozent praktisch verdoppelt und dieser Trend ist ungebrochen. In den „neuen Bundesländern“, wo zuvor das Grundgesetz nicht galt, ist geradezu ein Boom zu verzeichnen. Dabei muss festgestellt werden, dass die guten Vorsätze des Art. 4/5 GG sich immer weniger realisieren. Marcel Helbig, Professor für Bildung und soziale Ungleichheit (so etwas gibt es immerhin!) in Erfurt, konstatiert dabei „eine Absetzbewegung der Mit-

„Spiel nicht mit den Schmuttelkindern, sing nicht ihre Lieder...“

Franz-Josef Degenhardt 1965

telschicht von den unteren Schichten“. Sie gehe einher mit einer fortschreitenden sozialen Entmischung der Wohnquartiere.

Ein attraktives, stadtteilorientiertes Gesamtschulangebot könnte dem entgegenwirken. Stattdessen gilt auch in Hannover ein weiteres Gymnasium als alternativlos. Andererseits propagieren die privaten Träger scheinbar innovative pädagogische Angebote. Dass nun aber im Rat ernsthaft diskutiert wurde, das neue Gymnasium einem privaten Träger zu überlassen – wer hätte das noch vor einem Jahr gedacht?

CORVUS

Impressum:

Herausgeberin:
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
Kreisverbände Hannover Stadt und Land,
Berliner Allee 18, 30175 Hannover,
Telefon 0511-6620-14/-15, Telefax 0511-621294,
E-Mail: gew@gew-hannover.de

Verantwortliche Redakteurin i.S.d.P.: Maren Kaminski,
Berliner Allee 18, 30175 Hannover.

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Herausgeberin oder der Redaktion dar.

Layout: datagraphis GmbH, Wiesbaden-Nordenstadt

Druck: DruckWerk Peter-Michael Thiem e.K., Hannover

Die GEW Hannover news erscheint dreimal im Jahr. Auflage: 5200 Exemplare. Der Bezugspreis ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Titelkarikatur: Swidbert Gerken

Aus dem Schulausschuss der Landeshauptstadt Hannover

Kein großer Wurf und viele unbeantwortete Fragen

Sind die öffentlichen Träger eigentlich noch „tragend“ oder wird das Ertragen der unzureichenden Zustände zunehmend den Betroffenen übertragen?

Wären nicht die Akteure in den Schulen die Leidtragenden des Dilemmas, könnte man sich im Schulausschuss der LHH mit Spannung auf das nächste Kapitel der Never-Ending-School-Story freuen.

Das Geschmäckle will aber nicht aufkommen – zu bitter sind die ungelösten Probleme – vor allem in den inklusiv arbeitenden Systemen: in den Grund- und Ganztagsgrundschulen, Oberschulen und Gesamtschulen. Die School-Story scheint sich in ein Sackgassendrama zu verwandeln, wenn nicht bald ein grundsätzliches Neu- bzw. Umdenken gewagt wird. Dazu allerdings sollte das Land endlich auch seine Mitverantwortung übernehmen!

Das Handeln der Schulverwaltung vermittelt in der letzten Zeit den Eindruck, dass sie in einer gewissen Selbstgefälligkeit ihre Entscheidungen nach kausalen Statistikmustern strickt, um davon ableitend ihre Entscheidungen zu begründen. Seit einiger Zeit nutzen engagierte Bürger*innen zunehmend die Bürger*innenfragestunde und beleben durch gezielte Fragen zu vielen ungelösten Problemen den herkömmlichen Ablauf der Ausschusssitzungen, zu denen sich die Verwaltung äußern muss. So auch am 20. Februar 2019:

Wie hoch ist der Prozentsatz der Eltern, die sich für ein Gymnasium in freier Trägerschaft ausgesprochen haben? Wie und mit welchen Kriterien wurde der Elternwille in dieser Hinsicht ermittelt?

Die Fragen problematisierten u. a. den freien Elternwillen, der einst die Notwendigkeit des öffentlichen 18. Gymnasiums maßgeblich begründete. Allerdings zielten sie nun auf den womöglich neuen und „sicheren“ Hafen der freien Trägerschaft für das 18. Gymnasium ab. Nach der Fahrt auf stürmischer See wird pikanterweise auf Initiative des öffentlichen Trägers diese private „Anlegestelle“ vorgeschlagen.

Mit verwirrender Ausführlichkeit konnte dazu von der Schulverwaltung diesmal nicht geantwortet werden. Jedoch wurde der ganzen Versammlung vor Augen geführt, dass der freie Elternwille als in Stein gemeißelte Begründung für ein 18. Gymnasium gar keine Rolle mehr bei der privaten Variante spielt. Das bittere Geschmäckle in der School-Story lässt einen zunehmend aufstoßen. Handelt es sich womöglich um ein lange im Voraus gestrickter Plan der Verwaltung?

Standfest ist auch noch nicht die Standortentscheidung für das vom Verwaltungsausschuss durchgesetzte 18. Gymnasium. Wegen notwendigen Beratungsbedarfs stellte die Verwaltung ihre eigene Drucksache zurück. Ebenso hatte der Schulträger keine Antworten auf weitere Fragen:

Wo und wie können Eltern freie Schulplätze außerhalb des Gymnasiums finden, z. B. im 7. Jahrgang?

Wie werden Oberschulen und Gesamtschulen in dieser Hinsicht vom Schulträger unterstützt?

Momentan kann die Schulverwaltung nämlich auch auf viele Fragen keine Antwort geben! Sie tut zwar alles, um zu lindern und zu flicken – dies allerdings auf dem Rücken der Betroffenen. Die Landesschulbehörde habe endlich auch Verantwortung zu übernehmen, die Kommune täte schon mehr als vorgeschrieben – womit sie in diesem Punkt tatsächlich Recht hat.

Zum Thema Inklusion stellte eine Bürgerin die für alle Beteiligten viel zu langen und daher unzumutbaren Wartezeiten auf Schulbegleiter*innen dar, die ihr Kind zur Unterstützung im Schulalltag braucht. Sie fragte daher, ob die Verwaltung einen Lösungsansatz zur Verbesserung der Antragabläufe habe? Viele bürokratische Erklärungen folgten, die die Schwerfälligkeit unseres Systems aufdeckten – aber eine Lösung sei bedauerlicherweise nicht in Sicht. Wie mag sich die betroffene Mutter stellvertretend für viele andere in der Landeshauptstadt mit dieser Auskunft gefühlt haben?

In diesem Zusammenhang sei zuletzt noch die andere große Baustelle erwähnt – die schwierigen Bedingungen der Ganztagsgrundschulen spitzen sich mittlerweile zu: deutliche Verzögerung der notwendigen Ausbaumaßnahmen, stets fehlendes Personal, die Ankündigung, bei einigen Schulen sozialpädagogisches Personal abzuziehen u.v.m. Provisorische Übergangsphasen sind in vielen Ganztagsgrundschulen zur Normalität geworden. Ein Armutszeugnis der Gesellschaft gegenüber unseren jüngsten Schülerinnen und Schülern!



Foto: (c) ABO Photography Ltd. 2015

Susan Bartels de Pareja
Vertreterin der Lehrkräfte im Schul- und Bildungsausschuss der Landeshauptstadt Hannover

Aus dem Schulausschuss der Stadt Garbsen

Die Probleme werden nicht gelöst

Auf der Novembersitzung 2018 des Schulausschusses der Stadt Garbsen wurde die Schülerstatistik für das laufende Schuljahr 2018/19 vorgestellt. 555 Schüler*innen wechselten von den Grundschulen in die weiterführenden Schulen (GYM, IGS, OBS). Die drei Schulzentren liegen zentral in der Mitte der Stadt, nur jeweils ca. zwei Kilometer voneinander entfernt, d. h. die Schulwege der Kinder aus den verschiedenen Ortsteilen zu den weiterführenden Schulen sind nicht sehr unterschiedlich. Die Eltern haben folgende Schulformen gewählt:

Gymnasium (40,9 Prozent)

Schulzentrum I: 126 SuS (1)¹, 5 Klassen;
Schulzentrum III: 101 SuS (0), 4 Klassen;
Summe: 227, 9 Klassen

Gesamtschule IGS (38,7 Prozent)

Schulzentrum II: 215 (17) SuS, 8 Klassen

Oberschule (20,4 Prozent)

Schulzentrum I: 62 SuS (14), 3 Klassen;
Schulzentrum III: 51 (14), 3 Klassen;
Summe 113, 6 Klassen

¹ in Klammern: Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf, I-Kinder

Wie überall ist die Anmeldezahl an den zwei Hauptschulen und zwei Realschulen in den letzten Jahren stark zurückgegangen, so dass der Rat entscheiden musste, wie es weitergehen soll. Anstelle einer weiteren IGS (vier- bis fünfzügig), so ein Antrag der GRÜNEN, entschied sich der Rat im Jahre 2016 – mit den Stimmen von CDU, SPD, Unabhängige – an den Schulzentren je eine Oberschule zu errichten statt am Schulzentrum I (Garbsen) und III (Berenbostel). Beide Oberschulen sind nun im zweiten Jahr hintereinander mit deutlich geringeren Zahlen angewählt worden, als angenommen. Schauen wir uns die Klassenstärken im jetzigen 5. Jahrgang an allen drei Schulformen an:

GYM SZ I: 25,2; GYM SZ III: 25,3
IGS: 26,9
OBS SZ I: 20,7; OBS SZ III: 17,0

Ein Schuljahr später werden vermutlich die 9. Klassen in den beiden Gymnasien durch Wiederholer*innen noch kleiner (23 bis 24), die Oberschulen werden durch die Aufnahme dieser auf 18 bis 22 SuS anwachsen, während die 8. Klassen der IGS konstant bleiben, denn es gibt ja an IGSen kein Wiederholen. Man stelle sich nun einmal vor, der Rat der Stadt Garbsen hätte sich statt für zwei Oberschulen für eine weitere IGS entschieden:

Vermutlich könnten diese 113 (davon 28 I-Kinder) SuS in einer fünfzügigen IGS unterrichtet werden (Klassenstärke 22,6), man würde also mindestens ca. 30 Lehrerstunden einsparen (für



Fördermaßnahmen bzw. zur Senkung des Lehrkräftemangels an anderen Schulen).

Welche höheren Kosten für den Schulträger – zwei kleine Oberschulen statt einer weiteren IGS – bzw. das Land (mehr Stunden für Lehrkräfte) genau notwendig sind, kann man nicht genau ermitteln, aber dass die jetzige Situation teurer und ungerecht (Klassengrößen) ist, liegt auf der Hand. Es wäre zu wünschen, dass die Politiker*innen in den Räten der Städte und Gemeinden der Region Hannover, sofern nicht bereits geschehen, möglichst schnell auf ein System mit nur noch zwei weiterführenden Schulformen GYM plus IGS (oder Beibehalten nur der einzigen Schulform KGS) „umsteigen“.

Lothar Wehlitz

Kommentar

Die Garbsener SPD scheint das Grundsatzprogramm der SPD von 2015 nicht richtig zu kennen:

„Wir werben daher für ein Schulsystem, in dem Kinder so lange wie möglich zusammen und voneinander lernen. Dies ist am besten zu erreichen in einer gemeinsamen Schule bis zur zehnten Klasse.“ Diese gemeinsame Schule heißt in Niedersachsen: Gesamtschule. Stattdessen wirbt der schulpolitische Sprecher der SPD im Rat der Stadt Garbsen für die Oberschule, eine Schulform, die bekanntlich die CDU in Niedersachsen favorisiert und polemisiert im Schulausschuss sogar gegen den Wegfall der Schullaufbahn-Empfehlung (vom SPD-Kultusministerium eingeführt). Was waren das noch für Zeiten in Garbsen, als sich die SPD, angeführt vom Landtagsabgeordneten Dieter Wallraff und dem Fraktionsvorsitzenden im Rat, Dieter Roggenkamp, klar zur Gesamtschule bekannte.

Lothar Wehlitz

Schulentwicklung für die Landeshauptstadt Hannover

Zwei-Säulen-Modell: ja oder nein?

In der Schulentwicklung in Hannover ist langfristig nur schwer zu erkennen, wohin die Reise gehen soll. Probleme in unseren Schulen mit besonderen Herausforderungen, der Ressourcen und Ressourcenverteilungen, der Folgen der Abschlüssen, der Inklusion und des Ganztags sind evident. Dies wird auch in den **HannoverNews** abgebildet und diskutiert. Unter Berücksichtigung dieser Zusammenhänge soll folgender Beitrag öffnen für die Debatte und mögliche Positionierung der GEW in Bezug auf den Sinn der Entwicklung eines Zwei-Säulen-Modells für die Stadt Hannover. Ob dies auch für andere Kommunen der Region relevant ist, muss in den jeweiligen Kommunen entschieden werden. Die Debatte in Hannover wird aber sicher Verallgemeinerbares zur Klärung auch dort beitragen können.

Die GEW-Beschlusslagen Niedersachsens enthalten einerseits das Festhalten an „Einer Schule für alle“, andererseits die Zustimmung zur Errichtung von Oberschulen. Diese Zustimmung beinhaltet besondere Festlegungen, z. B. sollten Integrierte Gesamtschulen andere Schulformen ersetzen können, also Hauptschulen, Realschulen, Oberschulen und auch Gymnasien unter besonderen Bedingungen. Das ist heute noch immer geltendes Schulgesetz. Geht man davon aus, dass die „Eine Schule für alle“ auch in absehbarer Zeit nicht durchsetzbar sein wird, soll hier die Frage gestellt werden, ob die langfristige Entwicklung eines Zwei-Säulen-Modells für die Stadt Hannover zielführend sein könnte. Es sei hier auch darauf verwiesen, dass z. B. in Seelze und Langenhagen dieser Weg begangen wurde, sodass dort schon jetzt nur Gymnasien und Integrierte Gesamtschulen existieren.

In den Stadtstaaten wie Hamburg, Bremen, Berlin (aber auch Saarland, eingeführt unter Kramp-Karrenbauer; im Kern auch in den ostdeutschen Bundesländern) finden wir ein zweigliedriges System. Natürlich wird überall der Mangel verwaltet, aber man verweist auf funktionsfähige Systeme, die in Bezug auf die Anzahl der Schulabschlüsse gute Werte erzielten, Abiturient*innenzahlen steigerten und mehr Schüler*innen in Ausbildungsplätze vermitteln.

In Hannover haben wir Gymnasien/Fachgymnasien, Gesamtschulen, Realschulen, Hauptschulen, Oberschulen und Förderschulen. Einige Vorteile einer Zweigliedrigkeit, (wobei die För-

derschulproblematik hier ausgespart bleibt) seien hier genannt: Sie würde mehr Gerechtigkeit herstellen, denn wir hätten nur noch zwei unterschiedliche Formen der Lehrer*innenzuweisung und Zuweisung weiterer Beschäftigter, der Stundentafeln und Klassenteilergrenzen, der Rahmenrichtlinien und der Verteilung weiterer Ressourcen von Stadt und Land. Für Eltern und Schüler*innen würde die Entscheidungsfindung in Bezug auf den Besuch weiterführender Schulen vereinfacht, ebenso die entsprechende Beratung durch die Lehrer*innen. Für die Stadt würden Planung und Organisation in ihrer Komplexität reduziert, somit eine bessere Transparenz garantiert und als Folge Unruhe vermindert. Schließlich würde die Zusammenballung von sehr förderungsbedürftigen Schüler*innen in Ober-, Haupt- und Realschulen aufgehoben. Denn die heterogeneren Zusammensetzungen der Schüler*innenpopulationen in den Integrierten Gesamtschulen würden, so Bildungsforscher*innen, zu mehr Bildungsmotivation und Leistung der Benachteiligten führen.

Natürlich gibt es nicht den Königsweg, ein Zwei-Säulen-Modell hätte auch Nachteile. So würden in den Integrierten Gesamtschulen die besonders zu fördernden Schüler*innen zunehmen, die bisher Ober-, Haupt- und Realschulen besuchten. Ein Zwei-Säulen-Modell wäre deshalb nur sinnvoll, wenn IGSen von Stadt und Land besondere Unterstützung erhielten. Das bedeutet Ungleichheit der Versorgung selbst zwischen den Integrierten Gesamtschulen (GEW: „Ungleiches muss ungleich behandelt werden“). Denn es gibt nicht das **EINE** Konzept für Integrierte Gesamtschulen, sondern unterschiedliche Konzepte sind zu entwickeln aufgrund der Situation in den Stadtteilen und der Struktur der Schüler*innenpopulationen (Brennpunktschulen, Sozialindex). Und natürlich könnten die IGSen die Inklusion allein nicht schultern, die Gymnasien wären anteilmäßig gerecht entsprechend den zu inkludierenden Schüler*innen zu beteiligen. Auch hätte jede IGS eine Oberstufe oder es gäbe Oberstufenverbände.

Eine ausführlichere Darstellung von Pro und Contra unter Einbeziehung unterschiedlicher Perspektiven wird auf der nächsten Mitgliederversammlung des GEW Kreisverbandes Region Hannover vorgelegt werden. Die Diskussion wird eröffnet. **Werner Fink**



Was ist los an den Ganztagsgrundschulen in Hannover

Historie:

Seit Ende des letzten Jahrzehnts hat die Landeshauptstadt Hannover ihre Grundschulen ermuntert, „offene Ganztagsgrundschule“ zu werden. Das Interesse war, dem berechtigten Wunsch nach Vereinbarkeit von Familie und Beruf nachzukommen. Es musste im Bereich ganztägiger Grundschulkinderbetreuung etwas passieren. Horte sind Aufgabe der Kommunen und zudem flächendeckend zu teuer. Viele Kommunen, so auch die Stadt Hannover, haben dann die Idee verfolgt, offene Ganztagsgrundschulen mit relativ viel Geld aufzubauen. Dem schmalen Budget der Ganztagsgrundschulen wurde ein Kooperationspartner zur Seite gestellt, der mit städtischem Geld das Ganztagsprogramm des Landes aufwertete, sodass täglich Bildung, Erziehung und Betreuung für Grundschüler von 8 bis 16 Uhr gesichert war. Zudem verpflichtete die Stadt den Kooperationspartner zu einer Früh- und Spätbetreuung. Für die hannoverschen Grundschulen war dieses Angebot alternativlos. Wer Ganztagsgrundschule werden wollte, musste diese Konstruktion hinnehmen, da die Stadt auch die Instanz ist, die eine Ganztagschule beantragt.

Die Umsetzung in der Realität:

Unter dem Namen „Ganztagsgrundschule“ leisten die heutigen Grundschulen, die für den Ganztagsbetrieb vom Land keine Entlastungsstunde (keinen Konrektor) erhalten, de facto einen wesentlichen und kostenlosen Beitrag zur ganztägigen Grundschulkinderbetreuung und tragen dafür auch rechtlich noch die Gesamtverantwortung. Die Konstruktion jedoch ist rechtlich fragil: Wer wem etwas sagen darf und nicht, wie Mitarbeiter*innen des Kooperationspartners in den schulischen Kontext wie z. B. Klassenkonferenzen usw. eingebunden sind u.v.m. sind trotz des „Trilateralen Vertrags“ ungelöste Probleme, die die tägliche Zusammenarbeit behindern.

Anstatt die Probleme auf die einzelne Grundschule abzuwälzen, müsste der Schulträger auch dafür die Verantwortung übernehmen. Wir haben eine gemeinsame Verantwortung für Bildung, Erziehung und Betreuung von Grundschüler*innen übernommen. Der trilaterale Vertrag gilt.

Deshalb fordern wir:

- ✗ Gleichberechtigung aller Beschäftigten im schulischen Alltag!
- ✗ Beteiligung aller an allen schulischen Gremien!

Ganztagsaugliche Gebäude fehlen im Investitionsmemorandum 500 plus

Am 30. November 2018 in der HAZ zitierte Saskia Döhner den Ratscherrn A. Borstelmann (CDU): „... Der Ausbau der Gymnasien für G9 ist Pflicht, der Ganztagsausbau der Grundschulen Kür...“

Und in der Neuen Presse vom 19. Februar 2019 war zu lesen: „Ganztag: Grundschulen fordern passende Gebäude“.

Die Gebäude und Außenflächen der „alten“ Ganztagsgrundschulen werden im Investitionsprogramm 500 plus der LHH nicht mehr berücksichtigt. Der Einwurf von Herrn Gronemann (Gebäudemanagement) bei der Schulausschusssitzung vom 28. November 2018 ist unverständlich. Er meint, die 40 Millionen aus dem 500 plus Entwurf von 2016 sind zwar in der jetzt

beschlossenen Drucksache nicht enthalten, aber doch irgendwie da. Hilfreich wäre da eine konkrete Auflistung, was verbindlich bis 2023 an den Ganztagsgrundschulen in Bezug auf das Standardraumprogramm und die Qualitätsoffensive baulich passieren soll. Eine solche Liste liegt, obwohl vom Arbeitskreis Ganztagsgrundschulen schon mehrfach angemahnt, nicht vor. Herr Gronemann konnte dazu bislang keine Details liefern.

Deshalb fordern wir:

- ✗ Ausbau der Ganztagsgrundschulen jetzt und in Einhaltung der getroffenen Absprachen!
- ✗ Umbau der Gebäude der Ganztagsgrundschule nach einem Masterplan – er muss qualitativ und quantitativ forciert werden!
- ✗ Umgestaltung der Schulhöfe in bewegungsfreundliche Freizeid- und Spielräume!
- ✗ Ausbau der Ganztagsgrundschulen nach einem Sozialindex!
Wir wollen gute Ganztagschulen – das Beste für die Schwächsten! Das ist unsere Pflicht!

Frank Post, Schulleiter GS Fuhsestraße und Rolf Schulz, Schulleiter GS In der Steinbreite, beide Sprecher des Arbeitskreises Ganztagsgrundschulen

„WIR SIND HIER, WIR SIND

Bisher wurde die derzeitige junge Generation als sehr unpolitisch eingeschätzt. Nun demonstrieren unter dem Motto „Freigeist statt Geistfrei“ Schüler*innen in Hannover gegen die Meldeportale der AFD und für Toleranz, Menschlichkeit und Meinungsfreiheit und stellen sich damit engagiert gegen rechte Bewegungen.

Für eine andere Umweltpolitik im Sinne der Bewahrung der Natur und der Sicherung ihrer Zukunft finden sich freitags in zahlreichen Städten Europas ebenfalls tausende Schüler*innen in Europas Städten zusammen, um ihren Zukunftsängsten und Forderungen Ausdruck zu verleihen. Die Bilder zeigen, dass es auch in Hannover sehr viele engagierte Jugendliche gibt. Und ihnen gebührt auch Respekt vor ihrer Organisationskraft.

Unser Kultusminister Grant Hendrik Tonne redete vor Schüler*innen am Kröpcke und unterstützte „Freigeist statt Geistfrei“. Bei „Fridays for Future“ zeigten sich leider keine Politiker*innen, weder vor dem Landtag noch vor dem Rathaus in Hannover.

„Den wackeren Schulschwänzer*innen, die nach den Freitagsdemonstrationen zur Rettung des Weltklimas zurück in Mamies SUV steigen, sei zugerufen: Studiert lieber kräftig ...“, schreibt ein Leitartikler in der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung und Paul Ziemiak, Generalsekretär der CDU, spottet über Greta Thunberg, die 15-jährige schwedische Impulsgeberin. Leider werden diese Äußerungen von vielen nicht als so lächerlich empfunden, wie sie nun mal sind. Selbstverständlich: Die GEW ist auf der Seite der Schüler*innen, die rufen: **„Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut.“**

Werner Fink

Irmela, ohne Dich bleibt alles anders

Liebe Irmela, die Traurigkeit darüber, dass Du nicht mehr da bist, dauert fortwährend an. Oft reden wir von Dir und immer wieder reden wir auch mit Dir. Dein Rat und Deine Einschätzungen waren wertvolle Stützen für uns.

Nun erscheinen die **HannoverNews** erstmalig ohne Deine Mitarbeit in der Redaktion. Die haben wir geschätzt, weil Du die trockenste GEW-Zusammenkunft so blumig, bunt und lebendig in Worte verpackt hast, dass manch ein*e Kolleg*in nach dem Lesen Deiner Ausführungen bedauert hatte, eine richtig tolle Veranstaltung verpasst zu haben. Ja, so warst Du. Du konntest Menschen begeistern und mit Deiner Begeisterung anstecken. Etliche Kolleg*innen, besonders die, die Dich aus Deiner unermüdlichen Arbeit aus der Fachgruppe Realschulen kennen, sagen, sie sind deinetwegen in die GEW eingetreten. Nein, Du hast sie nicht darüber belehrt, warum es unabdingbar ist Mitglied einer Gewerkschaft zu sein. Du hast durch Deine offene, zugewandte und humorvolle Art Lust gemacht auf die GEW. Du hast Kolleg*innen das Gefühl vermittelt, dass sie bei Sorgen und Problemen der Mittelpunkt des Geschehens waren. Du hast Ihnen die dafür notwendige Aufmerksamkeit geschenkt, Du warst an den richtigen Stellen empört. Diese Gabe nennen wir Empathie. In vielen Ausgaben unserer Zeitung hast Du mit viel Kenntnis und Einfühlungsvermögen immer wieder über die Arbeit von engagierten Kolleg*Innen berichtet. Zudem warst Du das grammatikalische und orthographische Gewissen der Redaktion!

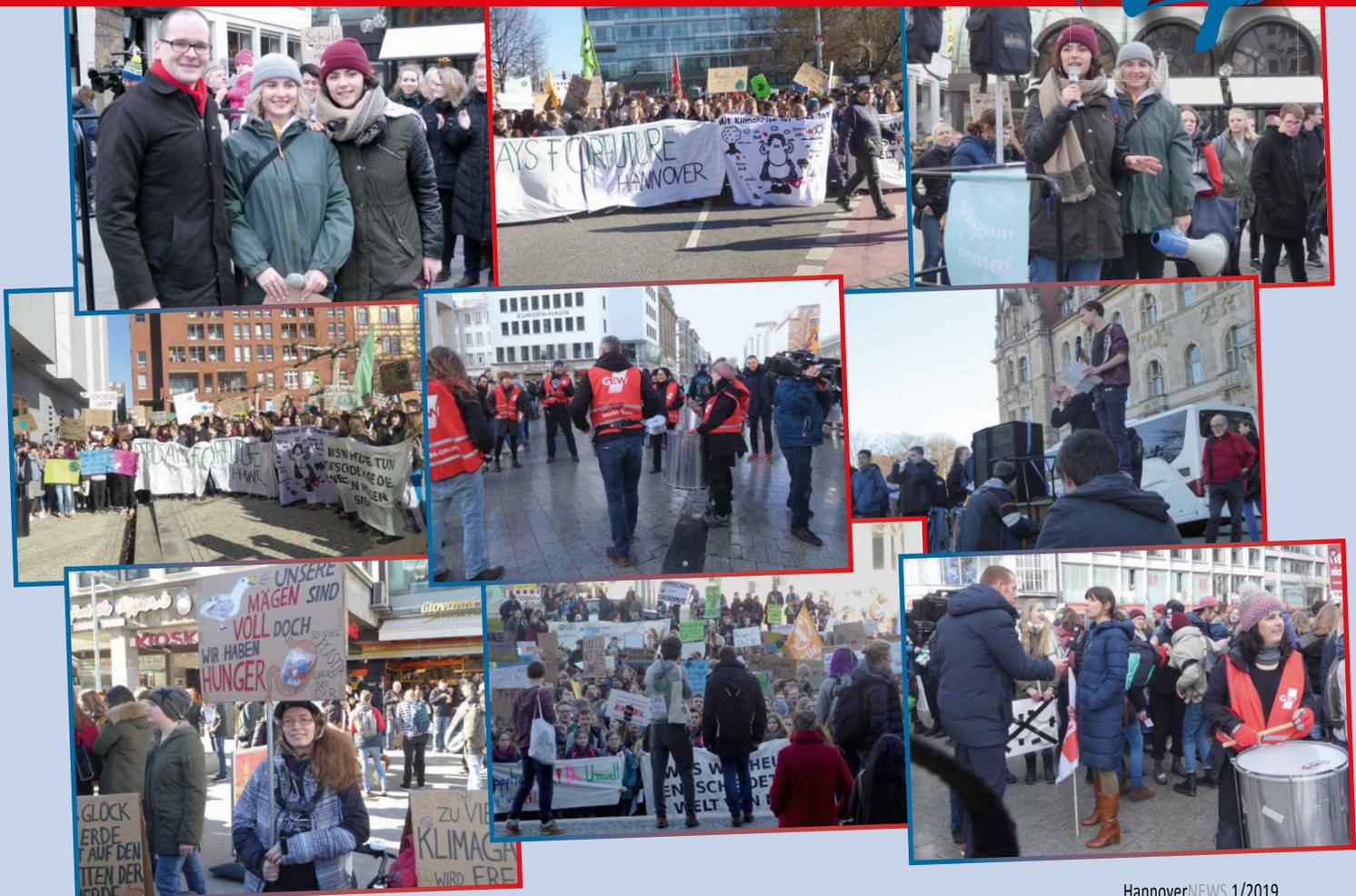
Daneben haben wir eine Irmela kennenlernen dürfen, die unsagbar neugierig war. Neugierig auf Entwicklungen in ihrer GEW, neugierig auf Menschen und auf das, was sie umtreibt, neugierig auf Politik, neugierig auf die Welt. Als Typ des klassischen Zweiwochenurlaubs am Strand haben wir Dich nicht in Erinnerung. Zur Wahl Deiner Urlaubsziele gehörte immer auch eine gute Portion Extravaganz. Nicht wenige mussten nach Deinen Ausführungen erst eine Weltkarte bemühen, um zu wissen, welchen Teil der Erde Du vorhattest zu bereisen. Der Südpol mit dem Kreuzfahrtschiff war da noch eine leichtere geografische Übung, Petropawlowsk bedurfte einiger Nachfragen.

Am 4. November gingst Du noch mit der GEW-Sambagruppe auf die Straße, am Tag danach haben wir erfahren, dass Du gestorben warst. Sprachlosigkeit und die verzweifelnde Frage nach dem „Warum?“ waren unsere hilflosen Antworten darauf. Nun scheint uns der Alltag wieder fest im Griff zu haben. Es ist aber nicht wie vorher, als Du noch bei uns warst. Neben der Traurigkeit bleibt auch eine große Dankbarkeit darüber, dass wir Dich kennenlernen durften und dass Du uns Deine Zeit geschenkt hast. Davon hätten wir so gerne noch viel mehr gehabt, Zeit mit Dir. Irmela, mach's gut!

Maren Kaminski und Reinhold Weismann-Kieser



LAUT, WEIL IHR UNS DIE ZUKUNFT KLAUT“



Liebe Kolleg*innen,
wir möchten Dich herzlich zur kommenden Mitgliederversammlung der GEW Region Hannover einladen!

Sie wird
am **Dienstag, 30. April 2019,**
um **16.30 Uhr** im **14. OG**
des **Continental-Hochhauses,**
Königsworther Platz 1 in Hannover
stattfinden.



Diesen Ort haben wir mit Bedacht ausgewählt. Von dort aus gehen wir gemeinsam zum Kabarett des DGB, das traditionell am Vorabend des 1. Mai stattfindet. In diesem Jahr findet es erstmalig im Foyer der IG BCE statt und ist von unserem Versammlungsort sogar bei einer langen roten Ampelphase in vier Minuten fußläufig zu erreichen. Informationen zum Kartenverkauf werden wir den Mitgliedern des KV Region Hannover noch per E-Mail zukommen lassen.

Vorschlag für eine Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
3. Wahl einer Versammlungsleitung und einer Protokollantin/eines Protokollanten
4. Verabschiedung der Tagesordnung
5. Beschluss über die Geschäftsordnung
6. **Das Zwei-Säulen-Modell – ist dieses Konzept ein tragfähiges Modell für die Schulentwicklung der weiterführenden Schulen in der Landeshauptstadt?**
Nach einer Einführung durch unseren Kollegen, Leiter der Leonore-Goldschmidt-Schule – IGS Mühlenberg und Sprecher des IGS-Qualitätsnetzwerks in Hannover und der Region **Dr. Michael Bax** wollen wir diese Frage der Schulentwicklung diskutieren
7. Bericht des Kreisvorstandes, darunter:
 - die zurückliegende Tarifauseinandersetzung
 - die bevorstehenden Personalratswahlen 2020
 - HannoverNews
8. Wahlen
 - Nachwahlen für den Kreisvorstand – eine stv. Schatzmeisterin/einen stv. Schatzmeister, weitere stv. Vorsitzende, eine Schriftführerin/einen Schriftführer
 - Wahl der Delegierten für die Bezirksdelegiertenkonferenz (BDK) am 15. Mai 2019
9. Vorschlag der Delegierten für die Landesdelegiertenkonferenz (LDK) am 28./29. Oktober 2019 in Celle (die durch die Mitgliederversammlung vorgeschlagene Liste muss auf der BDK bestätigt werden)
10. Anträge/Anträge auf Änderung der Kreissatzung (die Anträge werden auf der Seite www.gew-hannover.de bereitgestellt)
11. Termine

Anmeldungen für die Mitgliederversammlung nehmen wir für eine gute Vorbereitung gerne unter gew@gew-hannover.de entgegen.

Mit gewerkschaftlichen Grüßen,

Dieter Räger und Harald Haupt
Kreisvorsitzende der GEW Region Hannover

Die GEW Bezirksfachgruppe Grundschule lädt herzlich alle Interessierten, die an der Grundschule arbeiten, zu dem Fachtag ein!

// 100 Jahre Grundschule – Die unvollendete Reform //



Wann? Donnerstag, 4. April 2019, 9.30 bis 15.30 Uhr

Wo? Grundschule Salzmannstraße, Hannover

- | | |
|-----------|---|
| 9.30 Uhr | Ankommen und Begrüßung |
| 10 Uhr | Impulsreferat Prof. i. R. Dr. Uwe Sandfuchs, TU Dresden Grundschulpädagogik und historische Pädagogik |
| 11 Uhr | Diskussionsrunde mit dem Referenten |
| 11.30 Uhr | Arbeit in Workshops zu aktuellen Themen der Grundschule und zur Vorbereitung der Podiumsdiskussion |
| 13 Uhr | Mittagspause mit Imbiss und Getränken |
| 14 Uhr | Podiumsdiskussion: Silvia Klingenburg-Pülm (Bündnis 90/Die Grünen, Stadtrat)
Afra Gamoori (SPD, Stadtrat)
Dr. Stefanie Matz (CDU, Stadtrat)
Julia Hamburg (Bündnis 90/Die Grünen, Landtag)
Kerstin Liebelt (SPD, Landtag) u. a. |

Wir bitten um eine verbindliche Anmeldung an gew@gew-hannover.de bis zum 29. März 2019!

Schließzeiten der GEW-Geschäftsstelle während der Osterferien:



In der Zeit vom **8. bis 23. April** bleibt die Geschäftsstelle geschlossen.

Wir wünschen euch sonnige und erholsame Ferien!

Euer Geschäftsstellen-Team